

**DER BUNDESMINISTER
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG**

II-2730 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

GZ 10 072/440-1.1/81

Erklärung des Bundesministers
für Finanzen Dr. SALCHER zu
Fragen der Abrüstung in
Österreich;

Anfrage der Abgeordneten
Dr. ERMACORA an den Bundesmi-
nister für Landesverteidigung,
Nr. 1250/J

Herrn

Präsidenten des
Nationalrates

Parlament
1010 Wien

1224 IAB
1981 -07- 20
zu 1250/J

In Beantwortung der seitens der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. ERMACORA, Dr. STEINER, Dr. NEISSER, KRAFT und Genossen am 10. Juni 1981 an mich gerichteten Anfrage Nr. 1250/J, betreffend Erklärung des Bundesministers für Finanzen Dr. SALCHER zu Fragen der Abrüstung in Österreich, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Wie ich bereits in der Fragestunde des Nationalrates am 30. Juni 1981 ausgeführt habe, können die Äußerungen des Herrn Bundesministers für Finanzen zu Fragen der Abrüstung in Österreich nur in ihrem Gesamtzusammenhang richtig beurteilt werden. Ich darf daher einleitend den vollen Text seiner Erklärung, die im Rupertus-Blatt vom 29. Mai 1981 abgedruckt ist, wiederholen.

- 2 -

Der entsprechende Passus lautet:

Frage: "Sie haben das Prinzip der Nachbarschaftlichkeit, der Solidarität angesprochen, einen jener Grundwerte, der von Christen in der SPÖ immer besonders hervorgehoben wird. Die verstärkten Waffenexporte Österreichs und die abnehmende Entwicklungshilfe sprechen aber eher dafür, daß man diesen Grundwert beiseite schiebt, wenn's ums Geld geht.

SALCHER: Da muß ich ein wenig weiter ausholen. Sie kennen die traditionelle Argumentation: Österreich ist durch den Staatsvertrag zum Schutz seiner Souveränität verpflichtet, das bedeutet die Notwendigkeit des Bundesheeres. Eine völlig vom Ausland abhängige Landesverteidigung erscheint wenig wirksam, woraus sich die Notwendigkeit einer eigenen Waffenproduktion ergibt. Ökonomisch vertretbar ist eine solche Produktion aber nur, wenn ausreichendgroße Serien aufgelegt werden. Da diese nicht gänzlich im Inland benötigt werden, ergibt sich die Notwendigkeit von Exporten. Das ist die Argumentation, und in dieser Argumentation, die in sich richtig ist, hat die internationale Solidarität keine Funktion.

Ich glaube, daß wir in dieser Frage aber tiefer ansetzen müssen. Weltweit ist die Frage der Rüstung eine Frage auf Leben und Tod, und zwar schon jetzt, nicht erst im Fall des Einsatzes der produzierten Waffen. Während in Ost und West täglich Unsummen für Rüstung ausgegeben werden, verhungern Menschen, sterben Menschen an medizinisch längst besiegten Krankheiten. Es liegt an Christen und Sozialisten, diesen täglichen Kreislauf zu durchbrechen. Ich glaube, daß unser Land vorsichtig,

- 3 -

aber entschlossen nach neuen Wegen suchen sollte. Wir haben den Vorteil, ein kleines Land zu sein, das keinem der Blöcke angehört, auf die die Welt heute militärisch, politisch und weithin auch wirtschaftlich aufgeteilt ist. Ich glaube, wir könnten - als im internationalen Vergleich schon relativ abgerüstetes Land - den Versuch wenigstens eines Verzichts auf Aufrüstung wagen und vielleicht in weiterer Folge echte Abrüstungsmaßnahmen setzen. Angesichts der Waffenarsenale in aller Welt scheint mir das die einzig mögliche Strategie. Die Frage von Waffenexporten könnte sich damit von selbst erledigen."

Die vorstehende Erklärung gliedert sich somit in zwei Teile, in deren erstem Teil Bundesminister Dr. SALCHER ein klares Bekenntnis zur Notwendigkeit der österreichischen Landesverteidigung ablegt. Im zweiten Teil sind Überlegungen enthalten, die sich auf eine spätere Zukunft beziehen. Darin drückt Bundesminister Dr. SALCHER als Katholik - so wie viele Personen aus dem katholischen und auch aus anderen Lagern - die Meinung aus, daß Überlegungen über andere Wege angestellt werden sollten. Gerade in letzter Zeit, da in Österreich Exponenten der Friedensbewegung in verstärktem Maße öffentlich in Erscheinung treten, halte ich solche Überlegungen für legitim. Die einzelnen konkreten Punkte beantworte ich wie folgt:

Zu 1:

Ich bin von den Erklärungen des Herrn Bundesministers für Finanzen nicht im voraus informiert worden.

- 4 -

Zu 2:

Ich werde mich bemühen, bei den Budgetverhandlungen die für die Landesverteidigung notwendigen Mittel zu erhalten. Die Meinungsäußerung des Herrn Bundesministers Dr. SALCHER hat hierauf keine Auswirkungen.

Zu 3:

Der volle Wortlaut der Erklärung des Herrn Ministers Dr. SALCHER beinhaltet auch das Bekenntnis zur Notwendigkeit der österreichischen Landesverteidigung. Die Herstellung eines Einvernehmens im Sinne der Fragestellung ist daher nicht erforderlich.

Zu 4:

Die Erklärung des Herrn Bundesministers für Finanzen wird auf die Überlegungen hinsichtlich der Finanzierung der Beschaffung von Abfangjägern - sofern eine diesbezügliche Entscheidung von der Bundesregierung getroffen wird - keinen Einfluß haben.

17. Juli 1981

W. P. ...